

Friedenspädagogik in Zeiten des Dschihad

Ideologiekritische Selbstbeobachtungen eines Friedensbewegten

Die großen Friedensdemonstrationen der 1980er Jahre gehören zu den wichtigen politischen Ereignissen in meinem Leben. Es war ein wunderbares Gefühl, mit so vielen Menschen in einer ganz elementaren Frage einig zu sein, ob im Bonner Hofgarten oder auf dem Hamburger Rathausmarkt, wo ich einst so eng eingekeilt zwischen den Mitdemonstranten stand, dass ich die Beine anziehen konnte, ohne hinzufallen.

Als grüner Bürgerschaftsabgeordneter empfing ich in diesen Jahren mit Kollegen anderer Fraktionen ab und zu FDJ-Besuchergruppen, und wir diskutierten mit ihnen über die gegenseitige Bedrohung durch Interkontinentalraketen wie SS 20, Cruise Missiles und über Abrüstung. Wenn die Besucher ein bisschen Vertrauen zu ihrem Reiseleiter hatten, konnten wir relativ offen miteinander über die Verrücktheiten der Weltpolitik reden. Mein grünes Anliegen gegenüber den Gästen aus der DDR war, dass bitte jeder vor seiner eigenen Tür kehre; dies versuchte ich meinerseits mit einer offenherzigen Polemik gegen die NATO zu befördern.

Die Welt der Blöcke

Die Gefahr eines Atomkriegs „aus Versehen“ oder als *preemptive strike* (Atomarer Erstschlag zur Ausschaltung der gegnerischen Atommacht) erfüllte damals nicht nur uns Aktivisten mit Sorge. Der atomare Alptraum war ein mächtiges Motiv unseres politischen Handelns. Die Welt, in der wir lebten und auf die wir kritisch blickten, war relativ simpel strukturiert: Es gab zwei Blöcke - und andere, die sich raushielten. Ähnlich simpel war die Abbildung dieser Welt in unseren Köpfen. Die Gefahr ging von den Supermächten und ihrem Wettrüsten aus. Tito war noch nicht lange tot, und der Afghanistan-Krieg der Sowjetunion hatte gerade erst begonnen. Es überstieg unsere Phantasie, uns eine andere Quelle des Krieges vorzustellen als die berühmte Aktentasche mit dem Code des Präsidenten und Oberbefehlshabers.

Wer damals als Friedensaktive(r) unterwegs war, konnte sich mit vielen anderen in der Kritik am eigenen Staat und an dessen Militärbündnis einig sein. Wir selber waren als Bewegung ein ganz breites, politisch plurales Bündnis, das sich auf keinen präziseren Gesellschaftsentwurf verständigen musste. Kommunisten, die an die geschichtliche Verpflichtung der Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion erinnerten, waren genauso dabei wie Liberale und Alternative. Die Fahne dieser Bewegung war nicht zufällig der Regenbogen.

Für uns alle ging die Gefahr vom Staat aus. Sogar bei der damals noch jungen grünen Partei gab es Leute, die den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO forderten. Unser Antifaschismus und Antimilitarismus konnte historische Fakten von ungeheurem Gewicht aufbieten, und in den Biographien der Akteure spielte die Distanz zu der Verstrickung der eigenen Großväter und Väter in die Kriege des Kaiserreiches und des Hitlerregimes eine bedeutende Rolle. Diese

Geschichte sollte uns mit der Bundesrepublik und ihrer Bundeswehr nicht noch einmal passieren.

Naheliegende Weltbilder

In diesen Jahren war es leicht, sich die Ursachen der Weltkriege und des Wettrüstens im Kalten Krieg ökonomisch zu erklären. Man musste wirklich kein Marxist sein, um hinter dem Streben der Supermächte und ihrer Verbündeten nach Hegemonie ein wirtschaftliches Interesse zu vermuten. Wir konnten also ein rationales Kalkül annehmen. Gewalt oder die Drohung mit Gewalt waren rational erklärbar. Politische Herrschaft sollte installiert werden, um Quellen des Reichtums in den Griff zu bekommen. „Vorwärts und nicht vergessen“, skandierte der linke Flügel auf unseren Demonstrationen trotzig, und er schmetterte dabei auch die Verse „Reden erst die Völker selber / Werden sie schnell einig sein.“

Wer die Geschichte dieses Liedes kennt, kann die naive Hoffnung, die aus diesen Versen spricht, dekonstruieren und den taktischen Augenblick, in dem sie gedichtet wurden, erhellen. Für die meisten von uns aber verband sich mit ihnen wohl die Vorstellung, dass alles besser wird, wenn die Völker „selber reden“. Ich weiß nicht, ob wir diese Verse zehn Jahre später noch gesungen hätten, als die Risse im jugoslawischen Staat immer größer wurden und sich die Jugoslawen unversehens als Kroaten, Serben, Bosnier usw. entdeckten. Ich hatte aber auch gar keine Gelegenheit dazu, mich mit meinen alten Bündnispartnern erneut auf dem Rathausmarkt zu treffen. Unsere frühere Einigkeit hatte sich nämlich in Luft aufgelöst. Wir hätten gar nicht mehr sagen können, wogegen wir denn nun gemeinsam demonstrieren wollten.

Politische Romantik

Überall brach Streit aus. In den Wohngemeinschaften hing der Haussegen schief: die weiße Taube auf blauem Grund. Über die Ursachen der jugoslawischen Tragödie kursieren die verwegenen Theorien. Viele Achtundsiebziger¹ hatten sich in ihren „neuen sozialen Bewegungen“ daran gewöhnt, systemoppositionelle Impulse grundsätzlich für positiv zu halten. Sich nie für die Konstruktion eines Staates verantwortlich gefühlt haben zu müssen, weil der eigene Staat Sicherheit bot und sogar den politischen Komfort, gegen ihn inbrünstig demonstrieren zu können, schärfte den Sinn für die gefährliche Dialektik zwischen Volkswille und Staatsverfassung wahrlich nicht. Eine politikdistanzte, anti-staatliche und romantische Grundstimmung hat sowohl bei uns alten 68er Friedensbewegten als auch bei den jüngeren Aktiven dazu beigetragen, dass wir nur negativ auf den Staat fixiert waren, aber die schauerlichen Abgründe, die eine neue ethnische Politik eröffnete, überhaupt nicht wahrnahmen. Ich erinnere mich noch daran, wie unkritisch viele von uns gegenüber den aufkeimenden Regionalismen in Westeuropa waren. Man fuhr nach Frankreich ins Larzac, um bäuerliche Bodenständigkeit im Protest gegen das zentralistische Paris mitzuschmecken, ganz naturbelassen, und mitzufeiern.

¹ Achtundsiebziger sind Menschen, die 1968 noch zu jung waren, um Politik zu machen, jedoch zehn Jahre später in den sog. „Neuen sozialen Bewegungen“ so manches Ideal der Achtundsechziger hochhielten. Sie dürfen nicht verwechselt werden mit den „wahren Achtundsechzigern“. Das sind diejenigen, die 1968 geboren sind.

Auch unsere Anti-Atom-Zeltlager in Lüchow-Dannenberg entfalteten ihren subkulturellen Reiz durch solche romantischen Elemente.

Wir kamen mit verdammt wenig politischer Theorie aus. Es war zu wenig, um sich rechtzeitig auf die Ankunft jener düsteren Dämonen vorzubereiten, die in den letzten beiden Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts die weltpolitische Bühne betraten. Dabei hätte uns eine selbstkritische Reflexion unseres Bewegungs-Rousseauismus so gut getan und uns vor so vielen neuen Fehlern bewahren können. Aber es waren schlechte Zeiten für Theorie. Viele Achtundsechziger empfanden ihre Vergangenheit als eine einzige riesige Seminarwolke mit endlosen Diskussionen, und unter den Achtundsiebzigern gab es daher viele, die es mit der markigen Devise hielten, „laber nicht so viel - pack lieber mit an“.

Das Bewusstsein hinkt hinterher

Die Schrecken, die sich dann gleichsam vor unserer Haustür ereigneten, nur ein paar hundert Kilometer entfernt, und die „neuen Kriege“ (Münkler 2004) in Afrika und Asien haben zunächst einmal zu dem verzweifelten Bemühen geführt, neue Lagen mit alten Denkmustern zu erklären. Über die Gräueltaten in Jugoslawien wurde, kräftig angeheizt durch die Medien in der Bundesrepublik, eine Ost-West-Interpretationsfolie gelegt. In vielen Kommentaren aus unserem Bewegungsmilieu wurden Verschwörungstheorien reproduziert, wie man sie aus dem Kalten Krieg griffbereit hatte. Der Westen, die NATO, die Sowjetunion waren schuld. Diese Schablonen verstellten den Blick auf die Verantwortung der neuen Akteure, und noch schlimmer: Sie reproduzierten nur unsere alten Welterklärungen auf der Basis rationaler Kalküle. Die (Un-)Taten völkischer Politiker, die in Jugoslawien die entsetzlichsten Verbrechen seit der Zeit des Nationalsozialismus begehen ließen, waren uns keine Warnung, nach Triebfedern *jenseits* der Rationalität zu suchen. Zu dieser Ignoranz hat besonders ein banalisierter Marxismus mit einem ökonomisch vereinseitigten Erklärungsmuster beigetragen. Das – ganz offensichtlich im Widerspruch zur ökonomischen Rationalität im globalen Zeitalter – stehende Paradigma der Ethnie haben wir in seiner destruktiven Kraft unterschätzt und uns deshalb auch gar keine sonderliche Mühe gemacht, daraus Szenarien einer künftigen weltpolitischen Lage zu entwickeln.

Was uns damals nicht klar war: Frieden ist ein Wert - Ethnie nicht. Dabei hätte folgende Verfassungsgüterabwägung so nahe gelegen: Eine gute Verfassung verpflichtet den Staat zum Frieden, und der innere Frieden ist Resultat der Einhaltung von Grund- und Bürgerrechten. Der Bürger darf den Frieden aufkündigen, wenn die verfassungsgemäße Ordnung bedroht und andere Abhilfe nicht möglich ist (Art. 20.4 GG). Die Ethnie kommt (als „Rasse“) an einer ganz anderen Stelle vor, nämlich dort, wo es um die Gleichheit vor dem Gesetz geht (Art. 3 GG und Art. 2 UN-Menschenrechtserklärung). Sie ist lediglich gegen Diskriminierung zu schützen, aber kein Wert an sich – schon gar nicht als bestimmte Ethnie gegenüber anderen. Wenn politische Kräfte die Ungleichwertigkeit verschiedener Ethnien behaupten, stehen sie damit außerhalb der demokratischen Verfassung. Einer ethnischen Politik, die in diesem Sinne einer Ethnie ein Privileg verschaffen will oder ein bestehendes verteidigt, muss der demokratische Verfassungsstaat entgegenwirken. Dazu muss er über die entsprechenden Mittel verfügen.

Unheimliche Freunde

Es ist also der Staat, der den inneren Frieden sichert – und zwar ggf. auch gegen einen völkischen Impuls, der „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommt. Für das alte Denken der Friedensbewegung ist das eine ziemliche Zumutung. Denn kritisch betrachtet, ist „Volk“ eine ambivalente Vorstellung, vor deren Schattenseiten uns der Staat bewahrt, indem er seine Citizens dazu anhält, von ihren herkunftsbedingten Besonderheiten abzusehen. Friedenspolitik ist also, konfrontiert mit dem völkischen Konzept, eine Politik *mit* dem Staat *gegen* gesellschaftliche Destruktivkräfte.

Es ist klar, dass sich eine solche Politik mit dem Mittel der Demonstration nur schlecht abbilden lässt. Als Dauerdemonstrant seit 1968 wunderte ich mich schon seit längerem, gegen was alles ich *nicht* demonstrieren konnte. Als Teilnehmer an den gewerkschaftlichen Mai-Demos war ich, umgekehrt, erstaunt und auch erschüttert, welche folkloristischen Beigesellungen Aufnahme fanden: die PKK, sogar die Tamil Tigers waren dabei. „Hoch die internationale Solidarität“ hieß die Parole, um solche Formationen politisch zu inkludieren. Wir waren sehr großzügig, wenn es darum ging, militante Volksgruppen in ein antikapitalistisches Protestbündnis aufzunehmen, und wären niemals auf den Gedanken gekommen, ihren Nationalismus oder Tribalismus nach seiner Menschenfreundlichkeit zu fragen.

Es lohnt sich hier, die Widersprüchlichkeit unseres Internationalismus zu untersuchen, weil man an ihm zeigen kann, welche fatalen Einfallstore eventuell eine Solidarität öffnet, die nicht konsequent zu Ende gedacht ist. „Internationalistisch“ war unsere Bereitschaft, gemeinsam mit „Befreiungsbewegungen“ anderer Kontinente auf die Straße zu gehen. Aber dieser Internationalismus war kaum mehr als eine warmherzige Umarmung. Er bot kein Kriterium bei der Auswahl der Partner. Was sie in ihrer Heimat machten, wurde nicht thematisiert. Wie sie mit ihren politischen Gegnern umgingen, auch nicht. Ob es etwas mit den politischen Zielen unserer Gewerkschaften zu tun hatte, wussten wir noch weniger.

Sage mir, mit wem du gehst...

Heute frage ich mich: Warum waren wir überhaupt so vernarrt in militante Minderheiten, ohne sie genauer nach ihrem Programm zu fragen? Wenn ich aus der Erinnerung versuche, die Befangenheiten unseres damaligen politischen Bewusstseins zu rekonstruieren, dann scheint mir die Ferne von der Staatsmacht das Entscheidende zu sein. Wir beteten so ziemlich alles an, was staatsfern, rebellisch und laut war und sich mit dem Nimbus der Unterdrückten ausstattete, die gegen den Imperialismus antraten: von den Tamil Tigers über die PLO bis zu den Hausbesetzern an der Hamburger Hafenstraße. Kämpferische Differenz war das durchgehende ästhetische Mittel, und wir verwechselten es mit Emanzipation. Für uns adelten sich die Kämpfer gegen das jeweilige Machtzentrum dadurch, dass sie sich überhaupt zu erheben wagten. Dieser Fehler zeigt sich bis in die Gegenwart – erinnern wir uns, mit welcher Naivität der Arabische Frühling gefeiert wurde.

Mir ist der gefährliche Formalismus, der in einer solchen politischen Haltung liegt, erst viel später, durch die Lektüre der geistigen Wegbereiter des Faschismus (Sorel 2013/1908) und ihrer Kritiker (Stern 2005), klargeworden. Wir waren verliebt in die Form der ostentativ vortragenen Militanz. Es war unser – durch mangelnde historische Bildung ermöglichter – linker Falangismus², der sich hier in „der Bewegung“ durchsetzen konnte; ein Traum von Macht, Mut und Männlichkeit, in dem jedoch „Gerechtigkeit“ ganz nahe bei „Rache“ liegt.

Die Schizophrenie unserer damaligen politischen Identität bestand darin, dass wir das Konzept Nation für den Hausgebrauch, also in der Bundesrepublik, wütend ablehnten, jedoch als gefährlichen Referenzpunkt bei internationalen Partnern großzügig übersahen. Der emotionale Sprengstoff, der im Begriff der Nation steckt (Anderson 1988), gerade wenn er für die „Befreiung der Völker“ in Anspruch genommen und mit Archaismen wie Blut und Ehre assoziiert wird, entging unserer Aufmerksamkeit, obwohl wir doch eigentlich für uns in Anspruch nahmen, die Lehren aus Auschwitz gezogen zu haben.

Mit diesen problematischen Bewusstseinslücken stolperten wir als Friedens-, Anti-AKW- und Ökologiebewegung oder als Großstadtindianer in eine neue Zeit.

Wiederauferstehung des Mittelalters

Der Beginn dieser neuen Zeit wird heute flott mit der Chiffre *Nine-Eleven* bezeichnet. Ihr Charakteristikum ist die Ersetzung des Paradigmas Nation durch das Paradigma Religion. Eine mächtige Ideologie und Bewegung tritt auf den Plan, die die zu eng gewordenen Hüllen nationaler Identität abstreift und – im Kontext der Globalisierung – eine technisch radikal moderne Konzeption von internationaler Kriegführung gegen die offenen Gesellschaften der Postmoderne formuliert. Sie fasziniert durch die Verknüpfung zweier extrem entgegengesetzter Teilkonzepte, nämlich die Nutzung modernster zivilisatorischer Mittel und Techniken bei gleichzeitiger Orientierung auf eine Lebenspraxis und politische Ordnung, die sich auf die Frühzeit des Islam bezieht. Diese Entwicklung hat sich in den 1990er Jahren angebahnt. Leute wie Usama Bin Laden, später selber im Exil und verfeindet mit den Repräsentanten alter autoritärer Herrschaft, machten sich daran, das Konzept eines „globalen Dschihad“ zu entwickeln. Sein Weggefährte Aiman al-Zawahiri entwickelte mit der Gruppe der ägyptischen Dschihadisten eine Strategie des Angriffs gegen den „fernen Feind“ (Steinberg 2014).

Dieses Konzept markiert zwei schroffe Grenzlinien, die ideologiegeschichtlich interessant sind. Erstens verabschiedet es sich von der Idee des nationalen Aufstands. Solche Ideen kursierten besonders im arabischen Raum, beeinflusst durch den arabischen Nationalismus und Sozialismus. Zweitens enthält es eine totale Feinderklärung gegenüber dem „Westen“, verbunden mit der Rechtfertigung eines grenzüberschreitenden Terrorkriegs.

Dschihadismus ist die radikale Zuspitzung einer etwa hundert Jahre alten Ideologie, die von Intellektuellen wie Sayyid Qutb (o.J.) formuliert wurde. In seinen „Zeichen auf dem Weg“, die

² Falange (Phalanx) nannte sich die faschistische Bewegung im Spanien der 1930er Jahre.

Anfang der 1960er Jahre erschienen, vollzieht Qutb den vollständigen Bruch mit allen Varianten weltlicher Herrschaft. Er skizziert die Leitgedanken eines Kalifats, das aus einer Reinigung des Islam durch die Rückkehr zu dessen Quellen hervorgeht und die Trennung von Staat und Religion aufhebt. Diese Ideologie wird in der internationalen Öffentlichkeit Islamismus genannt.

Wesentlichster Bestandteil dieser Ideologie, die sich seit den 1920er Jahren vor allem in den ägyptischen Muslimbruderschaften entwickelt hat, ist die Ablehnung aller von Menschen gemachten Gesetze und Ordnungen. Gesetz ist nur das, was sich als Gottes Wort aus den heiligen Schriften des Islam ergibt; alles andere muss als gottlos bekämpft werden. Das Axiom aller demokratischen Verfassungen, die Vorstellung vom Naturrecht, ist mit dieser Ideologie völlig unvereinbar. Eine rechtliche Gleichstellung von Gläubigen und Ungläubigen, von Mann und Frau kann es aus ihrer Sicht nicht geben. Sie ist mithin menschenrechts- und demokratiefeindlich, und wo sie sich mit politischer und militärischer Macht verbindet, führt sie zur totalen Herrschaft – mit all jenen Gräueln, die der sog. „Islamische Staat“ der Weltöffentlichkeit derzeit vorführt.

Menschenrechts- und Demokratiefeindlichkeit

Für die Sicherheitspolitik wie für die Friedenspädagogik ist diese Ideologie und Strömung in vielerlei Hinsicht eine enorme Herausforderung. Der Dschihadismus ist die erste internationale, mit terroristischen Mitteln operierende Bewegung, die fast nur noch digital und zugleich militärisch aufgestellt ist, jedoch über kein angreifbares politisches Zentrum verfügt. Er ist eine Ausgeburt der „neuen Kriege“ (Münkler 2004). Mit einer islamistischen Position ist eine demokratische Verständigung nicht vorstellbar; der Weg zur Kompromissbildung ist durch einen starren Buchglauben und ein intolerantes Lebensstil-Regime ebenso verbaut wie durch das Freund-Feind-Schema und die Rechtfertigung des Terrors gegen „die Gottlosen“. Wir erleben gerade, dass dies Ausmaße annehmen kann, die einem Völkermord gleichkommen.

Angesichts dieses Phänomens steht die Friedenspädagogik vor der Notwendigkeit, sich neu aufzustellen. Dort, wo sie es bisher vorzog, in einer harmonischen Nische alte Gewissheiten zu pflegen, setzt sie sich nunmehr dem kritischen Blick einer Umgebung aus, die von Pädagogik erwartet, sich auch in unfriedlicheren Zeiten zu bewähren (Edler 2007). Wenn der weißbärtige Friedenspädagoge heute bei der Lehrerfortbildung einen Globus herumreicht, auf dem Syrien, Irak und Ukraine fehlen, wird spätestens die Geographielehrerin stutzig, sobald sie die große Kugel näher in Augenschein nimmt.

Die totalitäre Herausforderung des Dschihadismus könnte die Bindestrich-Pädagogiken, auf deren Feldern wir bisher ziemlich separat arbeiten, möglicherweise dazu veranlassen, über den Zaun zu schauen und sich die Kompetenzen von Nachbarn abzugucken. Das gilt für die Friedenspädagogik, aber es gilt genauso für die interkulturelle Erziehung, die Geschichtswissenschaft, die kritische Theologie, die Politikdidaktik, die Rechts- und Verfassungslehre, die Extremismusprävention und nicht zuletzt die Demokratiepädagogik.

Wichtig bei allem ist nur, die universalen Menschenrechte zu jener Metafolie zu machen, in deren Werte-Koordinatensystem wir die neuen politischen Phänomene eintragen, bevor wir uns – wie früher - leichtfertig in Träumen von strategischen Bündnissen verlieren, aus denen es kein frohes Erwachen geben kann.

Literatur

Anderson, Benedict (1988): Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Frankfurt/M.

Edler, Kurt (2007): Interkultur und Demokratie. Pädagogik in unfriedlicheren Zeiten. In: Kommune. Forum für Politik, Ökonomie und Kultur. Frankfurt/M., Heft 3. S. 55-58

Münkler, Herfried (2004): Die neuen Kriege. Reinbek

Qutb, Seyyed (o.J.): Milestones. Damascus

Sorel, George (2013 – Original 1908): Réflexions sur la violence. Entremonde o.O.

Steinberg; Guido (2014): Saudi-Arabien: Der Salafismus in seinem Mutterland. In: Said, Behnam T. und Fouad, Hazim: Salafismus. Auf der Suche nach dem wahren Islam. Bonn

Stern, Fritz (2005): Kulturpessimismus als politische Gefahr. Stuttgart